

Söder holt im GBW-Streit verbal aus

WOHNRAUM Wahlkampfmanöver und Schuldzuweisungen im Landtag: Die SPD beschimpft den Finanzminister als „Lügner“, der kontert mit ebenso scharfen Worten.

VON CHRISTOPH TROST, DPA

MÜNCHEN. Mit gegenseitigen Schuldzuweisungen und turbulenten Wortgefechten im Landtag haben Regierung und Opposition ihren Streit über den Verkauf der 32 000 GBW-Wohnungen verschärft. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) warf seinem Herausforderer Christian Ude (SPD) eine „Entgleisung“ in Ton und Inhalt vor. Die SPD bezichtigte Finanzminister Markus Söder (CSU) der Lüge – was dieser mit einer scharfen Gegenattacke zurückwies.

„Die Art und Weise, wie Sie auftreten, ist eine Schande für dieses Parlament“, sagte Söder an die Adresse des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Fraktion, Harald Güller. Und der Minister fügte in ungewöhnlich scharfer Art und Weise hinzu: „Wer über anderen ständig Gölle ausschüttet, wird irgendwann selber zum Güller.“ Güller erinnerte in einer Erklärung daran, dass Söder vor einem Jahr tatsächlich gesagt hatte, dass der Freistaat die GBW der BayernLB nicht kaufen dürfe. Wenn die SPD nun kritisiere, dass Söder gelogen habe, so sei dies lediglich eine reine Tatsachenfeststellung. Die Staatsregierung habe die Interessen der mehr als 80 000 GBW-Mieter verraten und verkauft.

Die BayernLB hatte ihre Immobilien-tochter GBW auf Druck der EU ver-



Der Verkauf der BayernLB-Immobilientochter GBW erzürnt weiter die Gemüter: Finanzminister Söder weist die Verantwortung zurück. Foto: dpa

kaufen müssen. Den Zuschlag bekam am Montag der Wohnungskonzern Patrizia. Die Opposition kritisiert, dass sich die Staatsregierung nicht an dem Bieterverfahren beteiligt hat.

Seehofer rechtfertigte dieses Vorgehen erneut. Es sei „eigentlich eine ökonomische Logik“, dass der Freistaat sich nicht an dem Bieterverfahren hät-

te beteiligen können, ohne damit das Risiko eines neuen EU-Beihilfepfahrens einzugehen. Der Freistaat hätte nicht mehr als den Buchwert bieten dürfen. Seehofer, Söder, der Münchner CSU-Chef und Kultusminister Ludwig Spaenle gaben Ude die Mitschuld daran, dass ein kommunales Konsortium unter Führung Münchens nicht zum

SORGE UM MIETERSCHUTZ

► **Von dem Verkauf** der knapp 32 000 Wohnungen der GBW-Gruppe, die etwa 380 Mitarbeiter beschäftigt, sind nach Angaben des Städtetags Mieter in mehr als 100 Städten und Gemeinden in Bayern betroffen.

► **Allen voran der Großraum** München mit mehr als 10 000 Wohnungen sowie Nürnberg und Erlangen mit mehr als 5000 Wohnungen. Tausende Wohnungen befinden sich auch in Regensburg, Würzburg und Aschaffenburg.

► **Ministerpräsident Seehofer** und Markus Söder halten einen umfassenden Mieterschutz für gesichert. „Da werde ich auch ganz persönlich darauf schauen – nicht nur heute, sondern auch morgen“, versprach Seehofer.

► **SPD und Grüne** dagegen warfen der Staatsregierung vor, die „Sozialcharta“ für die Mieter sei das Papier nicht Wert, auf dem sie stehe. Die Mieter würden nicht ausreichend vor Mieterhöhungen geschützt, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD. Zudem dürften pro Jahr 1500 Wohnungen verkauft werden. Das Versprechen eines optimalen Mieterschutzes sei daher reine Augenwischerei.

► **Peter Bauer** von den Freien Wählern kritisierte, Schwarz-Gelb habe zulasten der Mieter Monopoly gespielt. (dpa)

Zuge kam. Ude habe eine um 150 Millionen Euro höhere Beteiligung Münchens verhindert. Seehofer sagte: „Da wären dann nämlich die Kommunen ernsthaft im Spiel gewesen.“ Die SPD konterte, es sei nicht Ude gewesen, der ein höheres Gebot des Konsortiums verhindert habe, sondern der Erlanger CSU-Oberbürgermeister Balleis.